

Antrag

der Abgeordneten Martin Sichert, Jürgen Braun, Jörn König, Edgar Naujok, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Stabilität in autonomen kurdischen Regionen im Irak und in Syrien herstellen – Schutzzonen einrichten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Etwa dreißig Millionen Kurden leben im Nahen Osten. Die kurdische Arbeiterpartei PKK führt seit 1984 einen militärischen Aufstand gegen die türkischen Militär-Offensiven unter anderem mit Gegenoffensiven durch. Der anhaltende Konflikt hat bisher etwa 40.000 Todesopfer gefordert. Unter Erdoğan hat sich die Lage dramatisch zuge-spitzt. Der türkische Präsident geht seit Zeit seines Amtes aggressiv gegen die kurdische Minderheit in Syrien und im Irak vor und macht kein Geheimnis daraus, dass er durch die Schwächung der kurdischen Einflussnahme seine Macht stärken und ausweiten möchte. Die Umfragewerte in der Türkei zeigen, dass Erdoğan's Offensiven gegen die Kurden ihm Prozentpunkte einbringen. Unter dem Vorwand der „Terrorbekämpfung“ geht er radikal militärisch gegen die PKK vor. Sie repräsentiert jedoch nur einen klei-nen Teil der Kurden. Die PKK ist eine sozialistische Kaderpartei. Ihre terroristischen Aktivitäten in der Türkei begünstigen seit etlichen Jahren das militärisch aggressive Vorgehen des türkischen Präsidenten gegen alle Kurden. Unglücklicherweise legiti-miert die PKK damit Erdoğan's Agitation.

Im Schatten des Russland-Ukraine-Krieges dauern die Übergriffe der Türkei auf kur-dische Gebiete in Nordostsyrien und im Nordirak weiter an. Jüngst hat das türkische Militär die Zivilbevölkerung mit Drohnen- und Artillerieangriffen auf bewohnte Ge-biete terrorisiert, sogar UN-Einrichtungen sind nicht mehr sicher vor den Übergriffen. Der türkische Präsident hat weder von Russland noch vom Iran oder von den USA grünes Licht für diese völkerrechtswidrigen Invasionen erhalten. Allerdings vernimmt man in den europäischen Nachrichten und seitens der NATO-Bündnispartner bisher keine adäquate Reaktion. Vor dem UN-Hauptquartier in Qamishlo und vor der russi-schen Militärbasis in Amude (Städte in Syrien) forderten Demonstranten bereits eine Flugverbotszone. Der Vorsitzende der „Kurdischen Gemeinde Deutschland“ Ali Ertan Toprak sagt dazu: „Der Westen schweigt, Europa schweigt und auch die neue Bundes-regierung, die sich an ihrem Anspruch einer wertegeleiteten Außenpolitik messen las-sen muss, schweigt.“ Die betroffenen Kurden in den Grenzregionen zur Türkei brau-chen ein Signal unter anderem auch aus Deutschland, dass die Bundesregierung die aggressive Machtpolitik Erdoğan's nicht unterstützt und der Bevölkerung vor Ort Schutz und Sicherheit vor weiteren Übergriffen bietet.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung dazu auf,
1. sich dafür einzusetzen, dass UN-Sicherheitszonen für autonome kurdische Gebiete in Nordsyrien und im Nordirak, insbesondere im Sindschar-Gebirge, zum Schutz der Minderheiten vor türkischen Übergriffen entstehen;
 2. in Gesprächen mit den Bündnispartnern sowie auf Ebene von UN und EU eine Flugverbotszone für die stark gefährdeten Gebieten zu erwägen;
 3. den türkischen Präsidenten Erdoğan aufzufordern, seine Militäreinheiten aus den kurdischen Gebieten abzuziehen;
 4. zu diesem Zweck den türkischen Botschafter einzubestellen;
 5. ebenfalls zu diesem Zweck die Zusammenarbeit (privilegierte Partnerschaft) zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei zu hinterfragen;
 6. das EU-Türkei-Abkommen vom März 2016 auf den Prüfstand bringen;
 7. deutsche Waffenexporte an die Türkei auf den Prüfstand zu bringen, sofern sich herausstellt, dass deutsche Waffen bei den Angriffen in der Autonomen Region Irak und in Nordostsyrien zum Einsatz kamen.

Berlin, den 2. Mai 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Anders als erhofft, hat die militärische Niederlage des „Islamischen Staates“ (IS) im Jahr 2019 die Lage im Nahen Osten nicht entspannt. Das Gegenteil ist eingetreten. Im Irak hat der Sieg gegen den „IS“ alte Konfliktlinien erneut hervortreten lassen. Dort kann von einem nachhaltigen Erfolg westlicher Politik kaum die Rede sein.¹

Als NATO-Staat genießt die Türkei zu viele Freiheiten hinsichtlich ihrer völkerrechtswidrigen Militär-Operationen. Seit Monaten wird die Operation „Claw Lock“ in der Region Duhok, Irak, geführt. Am 18. April 2022 kam es zum Bombardement mehrerer kurdischer Dörfer in der Region. Der Angriff ist auf Militärbasen und Lager der PKK gerichtet.² Der Irak stuft ihn als Angriff auf die Souveränität des Irak ein und sieht die Operation als große Gefährdung nationaler Sicherheit an. Am 20. Juli 2022 hat es bei einem Artillerie-Angriff in der Region Zaxo ein Blutbad gegeben. Mindestens neun Menschen wurden getötet und 22 weitere verletzt, auch Kinder befanden sich unter den Opfern.³

Auch in Syrien häufen sich die Anschläge wieder. Die kurdische Nachrichtenagentur ANF berichtet, dass es seit Januar 2022 mindestens 3.763 Angriffe auf die kurdische Selbstverwaltung „Rojava“ gab, bei denen insgesamt 33 Menschen getötet und 124 verletzt wurden.⁴ Drohnenangriffe auf Bildungszentren zeigen, dass sich die türkischen Angriffe intensiviert haben.⁵

Obwohl die Angriffe klar von türkischer Seite ausgehen, darf die Rolle des Iran und Russlands in dem Konflikt nicht übersehen werden. Teheran sieht in dem Projekt eines unabhängigen Kurdistan an seiner Westgrenze eine direkte Bedrohung seiner Interessen und scheut sich deshalb nicht, Kurdistan-Irak mit allen Mitteln zu destabilisieren.⁶ Der Sturz Saddam Husseins durch die USA und die anschließende Zerschlagung der Baath-Partei haben die sunnitische Dominanz im Irak beendet und die bis dato politisch unterrepräsentierten Schiiten zur stärksten Kraft in Bagdad gemacht. Damit wurde dem Einfluss Teherans auf den Irak Tür und Tor geöffnet. Unabhängig davon, wie eng die Bindung der irakischen Schiiten an Teheran ist, wird die Stellung der kurdischen Peschmerga, die vor dem Hintergrund des desolaten Zustands der irakischen Armee lange als mächtigste militärische Kraft im Irak galt, von den erstarkten schiitischen Milizen gefährdet. Erste Zusammenstöße zwischen den vom Iran gesteuerten Milizen und den Peschmerga hatten bereits vor dem Referendum darauf hingedeutet, dass sich hier eine neue Front aufbaut.⁷

Auch Russland verfolgt offenbar nicht nur ökonomische, sondern auch geostrategische Ziele in diesem Konflikt. 2012 engagierte sich Gazprom Neft im Nordirak, wo der russische Ölgigant inzwischen auf den drei Ölfeldern Garmian, Halabia und Shakal aktiv ist. Das erlahmende Interesse der USA an Kurdistan-Irak öffnet Räume, die zunehmend von Russland gefüllt werden. Diverse Reisen kurdischer Spitzenpolitiker nach Moskau und vor allem das ausgeprägte wirtschaftliche Engagement Russlands in der Region sprechen eine deutliche Sprache.⁸

Der Wunsch nach einem unabhängigen Kurdistan hat bisher etwa 40.000 Menschenleben gekostet.⁹ Seit Mai dieses Jahres plant der türkische Präsident, wieder in den Norden Syriens einzumarschieren. Die Menschen vor Ort fühlen sich angesichts der potenziellen Invasion vor allem vom Westen im Stich gelassen. Ein Ladenbesitzer aus der Selbstverwaltung „Rojava“ sagt: „Wir wollen so leben wie Leute in Europa, in Italien oder in Frankreich leben. Wir können das allein nicht schaffen. Unser Problem ist, dass unser Feind Teil der NATO ist und schwere Waffen hat.“¹⁰ Daher muss der aggressiven und imperialistischen Politik Erdogans endlich ein Ende gesetzt werden, damit nicht noch mehr unschuldige Menschen sinnlos ihr Leben verlieren.

¹ www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2018S11_srt.pdf

² www.thenationalnews.com/world/2022/04/18/turkey-launches-ground-and-air-strikes-in-northern-iraq-against-pkk/

³ www.fr.de/politik/tuerkei-zaxo-angriff-tote-kurden-recep-tayyip-erdogan-irakisch-kurdistan-hdp-news-91680255.html

⁴ www.heise.de/tp/features/Vier-Maedchen-tot-Tuerkei-bombardierte-UN-Bildungszentrum-in-Nordsyrien-7238479.html

⁵ <https://anfdeutsch.com/rojava-syrien/angriffsbilanz-in-rojava-33-tote-124-verletzte-33520>

⁶ www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2017A27_sbg.pdf

⁷ <https://ekurd.net/iraqi-kurds-agree-referendum-2017-06-07>

⁸ www.kurdistan24.net/en/story/16017-Russia%27s-Rosneft-announces-pipeline-deal-with-KRG

⁹ https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/866092/Turkey_country_policy_and_information_note_Kurdistan_workers_party_PKK_February_2020.pdf

¹⁰ www.deutschlandfunkkultur.de/syrien-kurden-erdogan-tuerkei-100.html

